

# Gauck, meine Katze und das Unrechtsregime

Zwischen Stalinismus und »guter Spur in der Geschichte«: zwei Bemerkungen zum Umgang mit der DDR-Geschichte

Es gehört zur Souveränität einer sich ständig erneuernden Linken, dass sie die Widersprüchlichkeit realer Geschichte der DDR zwischen »Stalinismus« und »guter Spur in der Geschichte« aushält.

Von Michael Brie

Ich möchte vor dem Hintergrund des Sonderparteitages von SED/PDS und seiner Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR zwei aktuelle Bemerkungen machen. Die erste bezieht sich auf Joachim Gauck, die zweite auf den Begriff Unrechtsregime. Und da übernimmt meine Katze dann eine Schlüsselrolle.

Joachim Gauck hat mit der Würde des Bundespräsidenten, vor Kreuz und Kerzen, die Frage formuliert: »Ist die Partei, die da den Ministerpräsidenten stellen wird, tatsächlich schon so weit weg von den Vorstellungen, die die SED einst hatte bei der Unterdrückung der Menschen hier, dass wir ihr voll vertrauen können?«

Mir ist nun kein Fall bekannt, dass irgendwo in der Bundesrepublik Politikerinnen und Politiker der Linken, die ein politisches Mandat ausübten, Menschen unterdrückten. Der Sonderparteitag der SED/PDS hatte die Lehre aus der Geschichte gezogen: Keine linke Politik ohne den Schutz der grundlegenden staatsbürgerlichen Rechte. Und es ist erforderlich, dass die Linke sich immer an diese Grundsätze erinnert. Das ist schmerzhaft, weil die Mitglieder der SED und anderer politischer Organisationen der DDR die systematische und dauerhafte Verletzung liberaler Rechte in der DDR mittragen.

So weit, so schwer. Was aber unseren Bundespräsidenten betrifft, so möchte ich eine Frage an ihn richten: »Ist der Bundespräsident Joachim Gauck so weit weg von den Vorstellungen, die er als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes praktiziert hat, dass ich ihm voll vertrauen kann?«

Eine Vorbemerkung dazu: Ich bin für völlige Offenheit über die politische Biografie, wenn es um öffentliche Ämter geht. Aber der von der Bundesrepublik gewählte Weg des Umgangs mit jenen, die für Sicherheitsorgane der DDR gearbeitet haben, ist illiberal und unmoralisch gewesen. Er ist illiberal gewesen, weil der bloße formale Fakt einer solchen Zusammenarbeit auf Dauer zum Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst geführt hat. Und er war unmoralisch, weil nicht eine konkrete Tat das Kriterium war, sondern nur der Umstand einer solchen Zusammenarbeit selbst.

Ich möchte aus einer Begründung eines Arbeitgebers für eine fristlose Kündigung zitieren, begründet mit der informellen Tätigkeit des Arbeitneh-



Foto: dpa/Hendrik Schmidt

mers für das MfS, die dieser ohne Vorhandensein von Dokumenten bei der Gauck-Behörde selbst offen legte: »Eine infolge dieser Betätigung eingetretene Schädigung Dritter oder die Verletzung von Menschenrechten ist nicht erforderlich (...) Zur Zeit der Betätigung für das MfS wurde keine Pflichtverletzung begangen. Das Eingreifen des Kündigungstatbestandes erfordert (...) kein Verschulden.« Grund einer lebenslangen Ausgrenzung aus dem öffentlichen Dienst waren also weder Schädigung Dritter noch Verletzung von Menschenrechten. Es ging um formalisierte Säuberung. Man sprach von »gebotener Selbstreinigung«, die »derzeit« keine Weiterbeschäftigung zulasse. Die Tätigkeit für das MfS konnte sogar die Absicht gehabt haben, wie im konkreten Fall, zum Kampf gegen die Apartheid in Südafrika, also der Durchsetzung von Menschenrechten, zu dienen. Dies wurde als belanglos abgetan, da mit dem MfS verbunden.

Es kann im revolutionären Ausnahmezustand notwendig sein, den Zugriff alter Eliten auf die Staatsmacht zu unterbrechen und Erneuerung auch durch zeitweilige Einschränkung liberaler Freiheitsrechte und staatsbürgerlicher Gleichheit durchzusetzen. Man kann die Zeit von 1989/90 so verstehen. Aber mit dem Beitritt zur Bundesrepublik, schon

1991, 1992, geschweige denn 1995 war diese Zeit vorbei. Weder Legitimität noch Funktionsfähigkeit der Staatsapparate der Bundesrepublik waren zu diesem Zeitpunkt bedroht.

Damit entfiel jede, wirklich jede rechtsstaatliche Begründung für die Ausgrenzung jener, die mit den Sicherheitsorganen der DDR zusammengearbeitet hatten, insofern ihnen

*Solange sich Gauck mit seiner eigenen Rolle bei der Verletzung grundlegender liberaler Rechte nach 1990 nicht öffentlich kritisch auseinandersetzt, werde ich ihm nicht nur nicht voll, sondern ganz und gar nicht vertrauen.*

nicht individuelles Verschulden, Verletzung der Menschenrechte und bewusste Schädigung Dritter straf- oder zivilrechtlich relevant nachgewiesen wurde. Trotzdem wurden sie durch das aktive und auch instrumentelle Zuarbeiten der von Joachim Gauck geleiteten Behörde wichtiger Rechte als Staatsbürger dieses Landes beraubt –

lebenslang. Solange sich Joachim Gauck mit seiner eigenen Rolle bei der Verletzung grundlegender liberaler Rechte nach 1990 nicht öffentlich kritisch auseinandersetzt, werde ich ihm nicht nur nicht voll, sondern ganz und gar nicht vertrauen. Ich unterstelle ihm ein instrumentelles Verhältnis zu den Freiheitsrechten.

Ich komme damit zu meinem zweiten Punkt: Gegenwärtig hat der Terminus Unrechtsregime in seiner Anwendung auf die DDR Karriere. Die Argumentation ist genauso schlicht wie falsch. Richtig wird festgestellt, dass die DDR kein liberaler Rechtsstaat war. Sie war eine Parteidiktatur, die Andersdenkende systematisch verfolgt hat. Dies ist unstrittig. Aber daraus kann nicht auf ein »Unrechtsregime« geschlossen werden. Zwei Begründungen dazu.

Erstens: Ein Nicht-Rechtsstaat ist nicht zwangsläufig ein Unrechtsstaat, sondern eben erst einmal nur ein Nicht-Rechtsstaat. Um meine liebe Katze zu bemühen: Sie ist zweifelsohne ein Nicht-Mensch, das macht sie keineswegs zum Unmensch. Wären alle Nicht-Rechtsstaaten automatisch Unrechtsstaaten, dann wären fast alle Staaten in der Geschichte der Menschheit Unrechtsstaaten. Das ist einfach Unsinn.

Unrechtsregime sind nur und wirklich nur solche Staaten, in denen Un-

recht das eigentliche Staatsziel ist und den Charakter staatlichen Handelns in seiner Gesamtheit bestimmt. Das traf auf Hitlerdeutschland spätestens ab 1939 und noch mehr ab 1941 zu, als die faschistische Diktatur zum millionenfachen Völkermord überging. Aber dies traf nicht auf die DDR zu. Die DDR gehört nicht ins Reich des Bösen.

Zweitens schützt der Umstand, dass Staaten Rechtsstaaten sind, diese nicht davor, systematisch Unrecht zu tun. Dies will ich erklären. Der heutige Rechtsstaat schützt die eigenen Staatsbürger vor politischer Willkür und Verfolgung. Aber er schützt nicht gegen anderes Unrecht: Altersarmut ist Unrecht. Die Tatsache, dass die westlichen Industrieländer heute durch ihre Produktions- und Lebensweise die Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen systematisch beschneiden, damit wissenschaftlich den Tod oder das beschädigte Leben von noch ungeborenen Generationen in Kauf nehmen, ist Unrecht. Die Austeritätspolitik seitens der Troika verwehrt griechischen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu elementaren Dienstleistungen und stellt Unrecht mit Todesfolgen dar. Ein Schutz der Außengrenzen der EU, bei dem der Tod Tausender hingenommen wird, ist natürlich Unrecht, aber mit Rechtsstaatlichkeit vereinbar.

Es ist völlig legitim, wenn ein Teil der Bürgerinnen und Bürger auf die DDR nur als Unrechtsregime zurückblickt; es ist falsch, wenn dies zur offiziellen Staatspolitik gemacht wird, und es widerspricht dem programmatischen Selbstverständnis der Partei DIE LINKE, wenn dies zur anerkannten Position dieser Partei werden würde.

Neben dem Festhalten am »Bruch mit dem Stalinismus als System« gehört auch der folgende Satz aus dem von Michael Schumann vor 25 Jahren vorgetragenen Referat in den Gründungskonferenz der PDS und sollte in der Partei DIE LINKE aufbewahrt sein, auch dann, wenn er wie aus einer anderen Zeit klingt: »die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich (...) guten Glaubens (...) für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewissheit, dass sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben.«

Es gehört zur Souveränität einer sich ständig erneuernden Linken, dass sie diese Widersprüchlichkeit realer Geschichte der DDR zwischen »Stalinismus« und »guter Spur in der Geschichte« aushält und deutlich macht. Das versöhnt nicht mit dem Unrecht, aber es schafft den Raum, über eigene Verantwortung und Schuld damals wie heute ernsthaft nachzudenken und es sich nicht schon wieder viel zu leicht zu machen.

## Michael Brie

Michael Brie, Jahrgang 1954, ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er befasst sich dort hauptsächlich mit der Theorie und Geschichte des Sozialismus sowie mit strategischen Problemen der Linken. Sein hier dokumentierter Text war der Beitrag Bries auf der Konferenz »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System«, die Ende der vergangenen Woche in Berlin stattfand.



Foto: Burkhard Lange

## Dieter Klein

Dieter Klein, Jahrgang 1931, ist Sozialwissenschaftler und Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er war aktiv am Prozess des Übergangs von der SED zur PDS beteiligt, unter anderem auch auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989. Sein nebenstehend dokumentierter Text ist die gekürzte Fassung seines Beitrags auf der Konferenz »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.«



Foto: Burkhard Lange

## Schon nur noch – aber eine Hoffnung

Die Implosion der Staatssozialismus öffnete der sozialistischen Linken in Deutschland den Raum für ihre demokratische Erneuerung

**Der Außerordentliche Parteitag fand bereits in einer Situation ohne reale Aussicht auf eine nächste Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus statt.**

Von Dieter Klein

Unserer Konferenz fällt zu, ein fatales Defizit in all den Mainstreamfeiern der Herbstereignisse 1989 zu schließen. Ausführlich wurden und werden gefeiert: der Gewinn individueller Freiheiten, Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, betriebswirtschaftliche Effizienz und manches mehr.

In das Lob solcher Seiten der Moderne kann eine vernünftige Linke nur einstimmen. Das Fehlen dieser Modernequalitäten hat dem Staatssozialismus das Genick gebrochen.

Aber im offiziellen 25-Jahre-Trübel wurde meist vergessen zu vermerken, dass die Ostdeutschen in eine durch soziale Klüfte höchst ungleiche Verteilung der individuellen Freiheiten gerieten. Und dass die individuelle Freiheit nach einem Befund Frank Schirmachers zum Moment der Verwandlung des Menschen in eine »Ego-Maschine« wird, die nur zwei Gene

kennt, »eines für Egoismus und eines für Profit (und vielleicht noch ein drittes für Angst).«

Vergessen auch, dass die Demokratie durch die Übermacht transnationaler Unternehmen und internationaler Finanzimperien immer mehr ausgehöhlt wird. Dass die Rechtsstaatlichkeit wachsende Ungerechtigkeit nicht ausschließt. Dass die Effizienz der Unternehmen eingebunden ist in die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen und kommenden Generationen. Und Deutschland hat wieder teil an Kriegen, die das Problem sind statt Probleme zu lösen.

In aller Bescheidenheit fügen wir also auf unserer Konferenz dem öffentlichen Diskurs die Korrektur dieses Analysedefizits hinzu.

Die offiziellen Jahrestagsfeiern waren arg von Siegermentalität getränkt. Der Charakter der Biermann-Einlage im Bundestag war voraussehbar und symbolisch dafür.

ganz am Ende von großen Teilen der SED-Mitgliedschaft selbst mit herbeigeführt – der sozialistischen Linken in Deutschland den Raum für ihre demokratische Erneuerung eröffnete.

Im programmatischen Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag formulierten wir: »Revolutionen brechen die Macht der Herrschenden.« Sie rufen in der Regel deren erbitterten Widerstand hervor. »In unserem Fall – das ist wohl die Dialektik an unserer Revolution – hat das in der Partei, die bisher geherrscht hat, die meisten, die sich an der Seite des Volkes sehen, befreit.« Durch diese Befreiung erhielt die parteiförmige Linke die Chance, einen demokratischen Sozialismus, einen menschlichen, kulturvollen Sozialismus im Einklang mit der Natur auf ihre Fahnen zu schreiben und zu beginnen, danach zu handeln.

Es gehört zum Mut, zur neuen Identität der Linkspartei, dass sie sich in der historischen Situation tiefster Niederlage und Diskreditierung der SED und heftigster persönlicher Anfeindungen gegen ihre Mitglieder auf ihrem Außerordentlichen Parteitag dafür entschied, den Kapitalismus ebenso wie den Staatssozialismus überwinden zu

wollen – auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus.

In ihrer Geburtsstunde war es die neue Linkspartei im deutschen Parteienspektrum, die die geistige und politische Strömung des Sozialismus als eine der großen Geistesströmungen der Modern über die Wende hinwegtrug – als Orientierung für kommende Gesellschaftsentwicklungen, »aus Affinität zum Stern, der sich noch unter dem Horizont befindet«, wie Ernst Bloch formuliert hatte. Weit voraus war sie denen, die sich am kapitalistischen Ende der Geschichte angelangt sahen.

Aber im Erfassen der Massenstimmung blieb sie zurück hinter den westdeutschen Machteliten. Die Annahme in unserem programmatischen Referat, dass es gelingen könnte, in der DDR im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik vom Staatssozialismus zu einem demokratischen Sozialismus übergehen zu können, war schon nicht mehr realistisch. Im Dezember 1989 kippte die Stimmung auf den Straßen schon um vom »Wir sind das Volk« zum »Wir sind ein Volk«.

Zwar waren Ende November noch

52 Prozent der DDR-Bürger für einen eigenständigen neuen Aufbruch der DDR und gegen eine Vereinigung mit der Bundesrepublik. Aber Ende Januar 1990 votierten bereits 79 Prozent der Ostdeutschen für die Vereinigung.

Der Außerordentliche Parteitag fand wohl bereits in einer Situation ohne reale Aussicht auf eine nächste Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus statt. Er war schon nur noch eine Hoffnung, die etwa in der Formulierung zum Ausdruck kam: »Wir wollen und müssen die Planung administrativer und bürokratischer Art abschaffen, aber wir wollen und dürfen nicht auf sozialistisch orientierte Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, der Arbeitswelt und auch des Konsummarktes verzichten, wenn wir jetzt in diese Kooperation (innerhalb einer angestrebten Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik - D.K.) gehen.«

Die reale Entwicklung hat sich anders vollzogen. Ostdeutschland wurde schnell zu einem Teil der Bundesrepublik auf einem zunehmend neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Entwicklungspfad. (...)